



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

E/XVI/268 - 29. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Dieser Weg ist richtig!</u> Rückblick auf die grosse Arbeitstagung der SPD in Bad Godesberg	66
3	<u>Entstalinisierter Ulbricht?</u> Ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt	40
4 - 5	<u>Zeitgeschichte am Schauplatz</u> "Das Gestern verstehen, um das Heute zu begreifen" Oberschüler aus Viersen in Berlin	65
6 - 7	<u>Atempause mit Bedingungen</u> Nach dem Treffen Kekkonen - Chruschtschow Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster	67

* * *
* * *

Dieser Weg ist richtig!

Rückblick auf die grosse Arbeitstagung der SPD
in Bad Godesberg

G. M. - Wenn rund 500 Mandatsträger der grossen Deutschen Sozialdemokratie in einer Arbeitstagung prüfen, ob der seit der Annahme des Grundsatzprogramms im Jahre 1959 über den Parteitag von Hannover 1960 und die Regierungserklärung 1961 bis zur Bundestagswahl eingeschlagene Weg richtig war, ist es unausbleiblich, dass nicht nur über Organisation, Technik und unmittelbare Durchführung eines Wahlkampfes gesprochen wird, sondern auch über die **P o l i t i k**, der alles Bemühen um die Mehrheit der Wähler zugrunde liegt. Moderne Technik, neuzeitliche Methoden bei der Propagierung eines politischen Zieles sind selbstverständlich. Sie sind jedoch nur Mittel zum Zweck, denn entscheidend für alles, was eine Partei wie die Deutsche Sozialdemokratie tut, sind die Grundlagen ihrer Politik. Auf ihr baut sich alles andere auf.

* * *

Auguren hatten vor der Tagung in Bad Godesberg wissen wollen, dass "Revisionen" möglich seien. Hier war offensichtlich der Wunsch Vater des Gedankens. Der Wahlerfolg der SPD am 17. September und der eindrucksvolle Sieg der Sozialdemokratie einige Wochen danach in Hamburg haben die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges bestätigt. Diese Bestätigung ist ein Politikum von grösster Bedeutung, das der SPD den Auftrag erteilt, den Weg zur grossen deutschen Volkspartei kraftvoll fortzusetzen.

* * *

Dieser Auftrag wurde in Bad Godesberg nicht durch Beschlüsse erörtert; er ergab sich aus den Realitäten der politischen Entwicklung seit dem 17. September. In dieser Periode hat sich die Sozialdemokratie als das stabilste Element der deutschen Demokratie erwiesen. Sie beteiligte sich nicht an den wochenlangen Ränkespielen bei der Regierungsbildung, sie erfüllte gerade in dieser Zeit mit ihrer Forderung nach einem Höchstmass von Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte den ihr von den Wählern gegebenen Auftrag.

* * *

In diesem Bewusstsein konnten die 500 sozialdemokratischen Mandatsträger in Bad Godesberg in mehreren Arbeitsgemeinschaften gewissenhaft prüfen, welche Aufgaben noch bewältigt werden müssen, um in der

Bundesrepublik die Demokratie noch lebendiger und noch kräftiger werden zu lassen. Hierbei ergab sich eine in allen Arbeitsgemeinschaften übereinstimmend getroffene Feststellung:

- * Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, dass jeder selbst- *
- * bewusste Staatsbürger in einem ständigen Gespräch mit ihr *
- * die Möglichkeit erhält, in allen Bereichen unseres gesell- *
- * schaftlichen Lebens mitwirkend und kontrollierend eingeschal- *
- * tet zu werden. Zu diesem Zweck werden die Sozialdemokraten *
- * in Stadt und Land, völlig unabhängig von Wahlkämpfen, den *
- * lebendigen Kontakt zu allen gesellschaftlichen Gruppierungen *
- * herstellen und dadurch über den eigentlichen Rahmen der Par- *
- * tei hinaus das öffentliche Leben mit ihren Anregungen er- *
- * füllen. *

* * *

In den Arbeitsgemeinschaften, in denen über 100 Diskussionsredner zu Wort kamen, ergab sich nicht nur ein Erfahrungsaustausch. Zahlreiche neue Anregungen wurden entwickelt und dem Parteivorstand für die weitere Arbeit der Gesamtpartei unterbreitet.

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass bei allen diesen Diskussionen fast kaum von "Taktik" die Rede war. Ob der Vertreter eines ländlichen Bezirke sprach, oder ob von einem Delegierten aus dem Industriegebiet neue Anregungen vorgebracht wurden - immer war der Ausgangspunkt aller Überlegungen das gemeinsame Ziel, der Demokratie und ihrer Festigung dienen zu wollen.

Bemerkenswert war auch die grosse Übereinstimmung alter Organisationspraktiker mit den jungen Kräften, die erst in der Zeit nach dem Kriege zur Sozialdemokratie gestossen sind. Auch hier offenbarte sich die lebendige und kontinuierlich wirkende Kraft einer modernen Volkspartei, wie es die Sozialdemokratie ist.

* * *

Am Ende der Arbeitstagung in Bad Godesberg stand bei allen Teilnehmern das stolze Bewusstsein, Mitschöpfer eines grossen Werkes zum Wohle unseres g a n z e n Volkes zu sein. Dieses Gefühl ist gewiss nicht nur der Reflex von Zahlen, die das stete Wachstum der SPD bei Wahlen demonstrieren, es ergibt sich vielmehr aus dem Bewusstsein, in einer festgefügtten Gemeinschaft von Gleichgesinnten für die Gemeinschaft des Volkes zu wirken.

* * *

Entstalinisierter Ulbricht ?

Ein untauglicher Versuch an untauglichen Objekt

sp - Der Diktator Mitteleuropas, Ulbricht, ist seit dem XXII. Kongreß der KPdSU um den Beweis bemüht, daß er gar nicht der Mann war und ist, als der er nicht nur in der Zone, sondern in der ganzen Welt gilt: als einer der härtesten und brutalsten Stalinisten, die Stalins Tod überlebten. Es ist dies ein vergebliches Bemühen, ein besonders übler Trick, der nicht verfängt und auch bei den treuesten Kreaturen Ulbrichts einen üblen Nachgeschmack hinterlassen muß.

In einer vielstündigen, in der Wiedergabe im "Neues Deutschland" fünf Seiten umfassenden Rede legte der Chef der Zone dar, wie er schon 1953 die Politik des erschossenen Berija bekämpft, die Fehler Stalins kritisiert und Malenkov und Schepilow, der eine nun in der Versenkung verschwundene einstige Ministerpräsident, der andere ehemaliger Außenminister in Grund und Boden wegen "Verletzung leninistischer Parteinormen" und "Verstöße gegen die Prinzipien der Sowjetdemokratie" verdammt hatte. Die so gehorsamen Mitglieder des Zentralkomitees mögen solches mit Staunen und Verwunderung vernommen haben; kennen sie doch ihren Pappenheimer. Nichts ist leichter, als sich auf Tote oder zum Schweigen Verurteilte als Kronzeugen zu berufen. Sie können sich nicht wehren.

Die Frage erhebt sich, weshalb Ulbricht die Zuflucht zur bisher krassesten Entstellung der Wahrheit nahm. Um den neuen Herren im Krenl wieder einmal gefällig zu sein, oder um einen wachsenden Druck der Opposition in den eigenen Reihen zu begegnen? Beide Motive mögen dabei mitschwingen. Aber hier steht der Beherrscher Mitteleuropas auf einem für ihn unglücklichen Boden. Die von ihm verursachten Zustände in der Zone mit der Schandmauer in Berlin zeugen für den Stalinisten Ulbricht, klagen ihn an. Das System der Unmenschlichkeit, das Ulbricht verkörpert, die Unterdrückung jedweder Opposition und die mit politischen Häftlingen überfüllten Zuchthäuser sind Ausfluß jenes stalinistischen Terrors, den die Sowjetunion nun zu haben scheint. Versteht man unter "Stalinismus" die auf die Spitze getriebene Menschenverachtung, die rücksichtslose, Berge von Leichen nicht scheuende Verfolgung politischer Ziele, dann ist Ulbricht der klassische Typ eines Stalinisten. Und er wird es bleiben, so lange die Sowjetunion glaubt, in ihrer auf die Zementierung der Spaltung Deutschlands ausgerichteten Politik den richtigen Mann an der richtigen Stelle zu haben.

Die Sowjetunion mag den stalinistischen Terror überwunden haben, aber sie läßt ihm umso stärker Raum in der von ihr besetzten Zone Deutschlands. Dieses Dilemma kann auch Ulbrichts plötzlich entdeckter "Anti-Stalinismus" nicht verschleiern.

*) Überwunden

+ + +

Zeitgeschichte am Schauplatz

HGS - Den zahlreichen Debatten über die Richtigkeit deutscher Geschichtsbücher, über ihre Vollständigkeit und Tendenz, den Erörterungen über das Lehrpersonal und die Methodik, den Anweisungen zur Gestaltung zeitgeschichtlichen Unterrichts in Deutschland ist die Entwicklung einfach davongelaufen. Nach einer Epoche der Stagnation im Theoretischen wurde insbesondere in der seit Jahrzehnten schicksalreichen Stadt Berlin der Puls der Geschichte wieder stärker fühlbar.

Mögen auch viele Berlin-Besuche westdeutscher Schulen und ihrer Lehrer einer fast modischen Gesetzlichkeit unterliegen, so ist doch das Verdienst solcher Besuche zu rühmen, die in der Hand verantwortlich empfindender Pädagogen zu wahrhaftigen Aufklärungen über die deutsche Situation und über die Lage in Deutschland werden. Ganz besonders, wenn sie das Gesetz der Kausalität beachten: die Ursachen der verhängnisvollen Entwicklungen im Dritten Reich und die bedrückenden Folgerungen bis in unsere Tage.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit mag das lebendig illustrieren. Seit 1957 sind die Abiturienten des Gymnasiums in Viersen jedes Jahr nach Berlin gefahren, um hier zeitgeschichtlichen Anschauungsunterricht zu erleben. Der Oberstudienrat Dr. Walter I. insbesondere hat es sich nicht nehmen lassen, seinen Schülern vor Ablegung der Reifeprüfung eine Erläuterung der jüngsten deutschen Geschichte in der alten Reichshauptstadt zu geben. Gewiß, wie er handelten viele hundert Pädagogen in der Bundesrepublik. Aber dieser Pädagoge hat stets entschieden auch und vor allem das Unheil demonstriert, das der Nationalsozialismus angerichtet hat. Auch nach dem 13. August kamen die jungen Menschen aus Viersen in unsere Stadt. 1957 konnten die Schüler noch in die Zone fahren und auch Potsdam besichtigen. Diesmal standen sie in der Bernauer Straße vor den zugemauerten Fenstern und Häusern, vor den Holzkreuzen der Opfer einer absoluten Spaltung.

Sie haben, wie dann die Zeitung ihrer Heimatstadt berichtete, die Dramatik der jetzigen deutschen Situation erlebt, sie haben aber auch das Erlebnis gesucht, das ihnen Aufschluß über manches Unbegreifliche bot.

Sie standen erschüttert vor der Mauer und sie sahen, was hier geschehen ist. Ihre Heimat - Zeitung beschrieb den Besuch in diesen Tagen in Wort und Bild genau. Und da hieß es denn:

"Praktischer Unterricht in unserer Zeitgeschichte sollen die Berlinfahrten sein. In Berlin, wo es jüdische Gemeinden gibt, sollten die Jungen auch einmal etwas vom Judentum kennenlernen, sollten sie sehen und erfahren, daß ein Jude ein Mensch ist wie Du und ich ... Den Jungen war es zunächst nicht ganz geheuer bei einem so ungewohnten Unternehmen. Aber nun werden sie doch gern an den Tag zurückdenken, an dem sie in einer Berliner Gemeinde, einer Synagoge, das Fest der Thora, das zugleich ein Fest der Kinder mit ihrer Bescheinigung ist, erleben konnten.

Sie werden es nicht vergessen können, wie eine grausam verfolgte Gemeinde wieder ein Fest der Freude in ihrem Gotteshaus feiern kann, und wie freudig sie von dieser Gemeinde aufgenommen wurden, obwohl sie zum Volk der Verfolger gehören. Die jungen Wiersener kamen als Menschen guten Willens, und das wurde richtig verstanden.

Wie in der Synagoge so wurden auch an den Stätten des 20. Juli in Plötzersee und in der Stauffenbergstraße die Erinnerung an Gewalt Herrschaft und Widerstand lebendig, und die Parallelen zwischen damals und heute drängten sich den Schülern von selbst auf."

Soweit der Auszug aus dem Bericht, den ein Teilnehmer der Berlinfahrt der Wiersener, ein Pädagoge, in seiner heimatlichen Zeitung schrieb, damit die ganze Bevölkerung sehen könne, was in der Schule unterrichtet wird. Und das ist richtig, denn die Bekundung des Pädagogen, der Rechenschaftsbericht in seiner Zeitung, zeigt den hohen Sinn für Verantwortung gegenüber der Jugend und ihren Eltern.

Es ist sehr zu wünschen, daß Berlin nicht nur als "Stadt der Mauer" bewertet wird, sondern als Schauplatz des Schicksals innerhalb der Politik überhaupt. - Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hat den Gästen auf ihren Wunsch Tür und Tor geöffnet und dafür Dankbarkeit aus ehrlichem Herzen geerntet. - Denn man muß lehren, das Gestern zu verstehen, um das Heute zu begreifen und auf das Morgen vorbereitet zu sein.

29. November 1961

Atempause mit Bedingungen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolf Rosten

Das unmittelbare Ergebnis der Reise Präsident Kekkonen nach Novosibirsk hat in Finnland zunächst Erleichterung und Entspannung hervorgerufen. Auch in den skandinavischen Ländern glaubt man, zum Teil sei die bedrohliche Lage, die durch die Koskaunote an Finnland vor vier Wochen entstanden ist, einigermaßen entspannt. Aber auch nur einigermaßen und vorübergehend!

Kekkonen hat im Augenblick erreicht, daß die Forderung nach militärpolitischen Verhandlungen über finnisch-sowjetische Maßnahmen gegen die angebliche westdeutsche Kriegsdrohung fallen gelassen wurde. Garuschtschow hat zugestanden, daß solche Konsultationen nicht in Friedenszeiten aufgenommen werden sollen. Hieran knüpfen sich aber zwei Bedingungen, wovon die eine Finnland in einer sehr schwierigen Lage bringt und weiterhin Moskau eine formelle Möglichkeit gibt, das Verlangen nach finnisch-russische Militärverhandlungen wieder aufzunehmen. Die erste Bedingung besteht darin, daß Moskau sich auch in der Zukunft auf Finnlands Neutralität verlassen kann. Diese Bedingung kann Finnland um so leichter erfüllen, als der einzige seriöse Rivale Kekkonens zum Präsidentenposten, Justizkanzler Rankka, der von den Sozialdemokraten und den anderen Oppositionsparteien nominiert wurde, seine Kandidatur aufgegeben hat. Der Teil eines Teiles der Kekkonen-Rede an das finnische Volk deutet darauf hin, daß die Staats- und Regierungsführung bei den Reichstagswahlen im Februar das Ziel verfolgen werden, den sozialdemokratischen Einfluß noch mehr zu eliminieren, um Moskau noch mehr zu überzeugen, daß die finnische Neutralitätspolitik unerschütterlich ist.

Die zweite Bedingung kann Kekkonen im Grunde genommen garnicht erfüllen. Es wird Finnland selbst überlassen, zu bewerten und beurteilen, wann die Entwicklung im Nordeuropa, das heißt in der Ostsee und in den drei skandinavischen Ländern, es erforderlich macht, daß zwischen Helsinki und Moskau Verhandlungen aufgenommen werden müssen in Bezug auf den finnisch-russischen Beistandspakt. Finnland soll "genau die Situation verfolgen" und Alarm schlagen, wenn der Frieden bedroht ist.

Das ist eine Verpflichtung, die eine außerordentliche Last in sich birgt. Der Ausgangspunkt für die Sowjetnote vom 30. Oktober war eben die Behauptung von einer "Kriegsdrohung Westdeutschlands" und der mit der Bundesrepublik verbündeten NATO-Mächte sowie die Behauptung, daß Dänemark und Norwegen und sogar das neutrale Schweden solche angebliche Kriegspläne unterstützen. Jetzt hat Chruschtschow offenbar den letzten Teil seines Argumentes aufgegeben, aber gleichzeitig Finnland zum Wächter darüber gemacht, daß die Anschuldigungen gegen Skandinavien nicht zur Wiederverwendung aufgenommen werden können. Um Wächter zu sein, müßte Finnland jedoch die Entwicklung in den drei skandinavischen Ländern nicht nur überwachen, sondern auch beeinflussen können, was nur innerhalb gewisser Grenzen möglich ist.

Die wochenlange Aufregung war nicht notwendig, um Chruschtschow zu überzeugen, daß die nordischen Ländern eine friedliche Politik führen. Durch das diplomatische Vorgehen hat Moskau eher Finnland, Skandinavien und die Westmächte einen "Anschauungsunterricht" geben wollen. Finnland sollte eingeschüchtert werden und gewissen finnischen "Gruppierungen" die Lust entzogen werden, eine andere als die der Neutralitätspolitik zu erstreben. Skandinavien sollte eine Warnung nach der Schocktherapie gegeben werden. Und gleichzeitig hat Chruschtschow den Wert von Verhandlungen über außenpolitische Streitfragen demonstrieren wollen, eine Demonstration, die an die Adresse der Westmächte gerichtet ist. Es ist bezeichnend, daß die finnisch-russische Entspannung zu einem Zeitpunkt kommt, als Washington und London bereit zu sein scheinen, konkrete Überlegungen über ein Berlin-Kompromis anzustellen und auch die Bonner-Politik in eine begrenzte Bewegung gekommen ist.

Daraus folgt, daß Finnland trotz der momentanen Entspannung weiterhin in Ungewisheit von Moskaus nächsten Zug leben muß. Nichts davon hat von Chruschtschow bedeutungsvolle Zusagen erhalten, die die finnische Neutralitätspolitik respektieren. Aber ein neuer Vorstoß kann eben so plötzlich kommen wie die militärpolitischen Forderungen, die zur Zeit zurückgestellt sind.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel